

## Ein Beispiel für Zivilcourage

Morddrohung gegen FR-Leser: „In diesem Land gibt es einen Bodensatz alter und neuer Nazis“, FR-Thema vom 12. Juli

### Vorbild mit Reibungsfläche

Als ich am 12.7. spät am Abend die FR heruntergeladen habe, war ich zutiefst erschrocken und entsetzt ob der Tatsache der Mordandrohung, gerichtet an Herrn Manfred Kirsch. Dieser kriminelle und verabscheuungswürdige Tatbestand ist dem rechtsradikalen Milieu zuzuordnen, maßgeblich wohl aus dem Umfeld der AfD. Für mich ist Manfred Kirsch mein jahrelanger Favorit als Leserbriefschreiber in der FR. Seine kritischen und kompetenten Leserbriefe habe ich immer intensiv studiert und ihn bewundert, mit welcher Sprachkraft, mit welchem historischen Wissen und mit welchen Reflexionsfähigkeiten er zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Missständen sowie sozialen Ungleichheiten engagiert Stellung bezieht. Dies tat er anknüpfend an die vielfältigen und gut recherchierten Artikel in der FR. Auch ich lese seit über 45 Jahren die FR und habe wohl nur drei Leserbriefe in dieser Zeit geschrieben.

Manfred Kirsch gilt meine Bewunderung, und mit seinen Einschätzungen fühlte ich mich geistig und emotional verbunden. Ich möchte heute meine Solidarität mit ihm herausstellen und hoffe, dass das noch viele Leserinnen und Leser der FR machen. Ich teile die Aussagen und Einschätzungen, die Herr Kirsch im Interview gemacht hat, und bin dankbar, dass es so einen Menschen wie ihn gibt, der Vorbild ist und die nötige Reibungsfläche bietet. Dankbar bin ich auch der FR dafür, dass sie die Morddrohungen an Herrn Kirsch zur Titelgeschichte machte und durch weitere Artikel zum rechtsradikalen Spektrum in unserer Gesellschaft Hintergrundinformation liefert.

Dagmar Feddern, Norderstedt

### Unsere größte Sorge in einem einfachen Satz

Sehr geehrter Herr Kirsch, heute habe ich mich besonders über die Titelseite der Frankfurter Rundschau mit dem pointierten

Zitat aus Ihrem Interview gefreut. „Es ist gefährlich sich gegen rechts zu engagieren. Aber noch gefährlicher wäre es, den Rechten freie Bahn zu lassen.“ Sie haben in einem einfachen Satz formuliert, was unsere größte Sorge sein sollte: das längst geknüpft, feste Netzwerk der Rechten, was m.E. nicht nur bereits Polizei und Bundeswehr, sondern auch den Verfassungsschutz umfassen dürfte. Seitdem ich die FR lese, kann ich Ihre Leserbriefe unterschreiben – und bin immer wieder dankbar, dass Sie mir die Arbeit abgenommen und meist auch sehr viel besser ausgeführt haben, als ich es oft bereits skizziert hatte.

Aktuell nun: Welch unvorstellbare Unverfrorenheit und Dreistigkeit, den 20. Juli für eine rechte Demo missbrauchen zu wollen! Wenn Gerichte das nicht verhindern können – wir werden es tun! See you ...

Elena Ezeani, Bremen

### Entmenschlichende Begrifflichkeit

So sehr ich Manfred Kirsch als Leserbriefautor schätze, muss ich doch ein Detail seines Kampfs gegen rechts kritisieren, wenn er AfD-Wähler als „braunen Sumpf“ bezeichnet. Ich sehe dies nicht gedeckt durch das Recht auf freie Meinungsäußerung, sondern als entmenschlichende Begrifflichkeit. So wurden einst Menschen mit Behinderung als „Parasiten“ entmenschlicht, um sie ohne Skrupel ermorden zu können. Der Kampf gegen den „Bodensatz alter und neuer Nazis“ darf nicht die Mittel der alten Nazis einsetzen. Auch wenn sich Prominente ähnlich herabwürdigend äußern, wie etwa J. Gauck, muss ich diesem vorhalten, sich doch lieber zuerst um die Entnazifizierung der lutherischen Theologie zu kümmern. Immerhin hat diese Hitler als von Gott geschenkten Führer bejubelt und für seinen Vernichtungskrieg Gottes Beistand erfleht, so in der Kanzelabkündigung zum Erntedankfest 1939. Eine Distanzierung von der Verdammung der Kriegsdienstverweigerung im Art. 16 des Augsburger Bekenntnisses von 1530

oder von Luthers fataler Betonung von Röm 13 („Seid untertan der Obrigkeit“ in Mk 10,42-44) steht immer noch aus.

Auch erscheint es mir kurzschlüssig, vor allem bei den Sympathisanten der AfD die „Feinde der Demokratie“ zu suchen. Die Hauptgefahr für unsere Demokratie geht für mich aus von den Abgeordneten, die die Lobbyisten die Gesetze nach deren Interessen formulieren lassen. Eine argumentative Auseinandersetzung mit der AfD muss sie entzaubern als „Feinde der sozial Schwachen“ und auf die Abschaffung der Erbschaftsteuer im AfD-Programm hinweisen. Dabei wären allerdings noch eine Menge anderer Feinde der Armen anzuprangern.

Morddrohungen sind staatlich konsequent zu verfolgen. Vorbeugend ist ein Umgangston zu pflegen, der argumentiert, statt zu entwürdigen.

Friedrich Gehring, Backnang

### Bitte um Stellungnahme an den AfD-Vorstand

Zu allererst meine volle Solidarität mit Ihnen. Ich wünsche Ihnen Mut und Kraft, in der angemessenen Weise mit den Drohungen umzugehen. Selbstverständlich sind Ihre Äußerungen zur AfD voll und ganz von der Meinungsfreiheit gedeckt, und sie entsprechen auch ganz meiner Einschätzung. Bemerkenswert ist, dass der Bezug zum Mord an Herrn Lübcke in einem Atemzug mit den Drohungen fällt, „die Hetze gegen die AfD zurückzunehmen“. Besser könnte die Heuchelei der Behauptung nicht belegt werden, mit dem Mord so gar nichts zu tun zu haben. Von der altbekannten „Opfer“-Attitüde gar nicht zu sprechen.

Vielleicht wäre es sinnvoll, mit Bezug auf die bekannten Verlautbarungen von Gauland und Meuthen sich direkt an den AfD-Vorstand mit Bitte um Stellungnahme zu wenden. Als direkt Betroffener haben Sie ja ausreichend Veranlassung, eine solche Stellungnahme zu erwarten. Werner Engelmann im FR-Blog

Diskussion: [frblog.de/rechts](http://frblog.de/rechts)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** diskutiert mit Prof. Ulrich Raulff, der soeben zum neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) ernannt worden ist, und Fritz Kuhn (OB Stuttgart, Grüne) „Zur Kritik der politischen Sprache“: Wie hat sich politische Rede in den vergangenen Jahren verändert?

**23. Juli 2019, 18 Uhr**  
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Großer Saal

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

**5. September, 19 Uhr**  
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

**Lutz „Bronski“ Büge** stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.  
**19. September, 19.00 Uhr**  
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

**Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.  
**24. Oktober, 18.30 Uhr**  
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

## Vorbelastete Begriffe

Erweiterung auf „Salvinis faschistische Agenda“, Leserforum vom 4. Juli

Leser Hermann Roth nennt den italienischen Innenminister Salvini einen Faschisten. Mit der Verwendung dieses Begriffs steht er nicht allein. Begriffe wie Faschismus und Rassismus werden inflationär gebraucht, um politische Gegner zu diskreditieren. Meistens sind sie aber unge-rechtfertigt.

Das von Mussolini in Italien errichtete Regime (1922-1944) entwickelte sich schrittweise zu einer totalitären Einparteiendiktatur ohne Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung. Der Faschismus fand Nachahmer in Europa, z. B. in Spanien, Österreich und in extremster Form in Deutschland. Herr Salvini hat meines Wissens niemals die Umwandlung Italiens in eine Einparteiendiktatur oder die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie gefordert. Wenn Herr Roth ihn wegen seiner rigiden Flüchtlingspolitik als Faschisten bezeichnet, so ist dies schlicht historisch falsch und verharmlöst nur den Begriff des Faschismus. Wenn die von Italien betriebene Abschottungspolitik faschistisch ist, dann muss man konsequenterweise auch die Politik Dänemarks so nennen. Am besten verzichtet man ganz auf historisch vorbelastete Begriffe, die nur in die Irre führen und Verwirrung stiften. Dies gilt nebenbei gesagt auch für „rassistisch“, mit dem jede Kritik an fremden Religionen und Verhaltensweisen abgewürgt werden soll.

Hans-Christoph Otto, Schwalbach a. T.

Diskussion: [frblog.de/rackete](http://frblog.de/rackete)

## Ärger bleibt folgenlos

Zu: „Welche Folgen hat der Ärger in der SPD?“, FR-Politik vom 5. Juli

Die Überschrift lässt sich wie so oft leider mit dem einzigen Wort „keine“ beantworten. Schließlich ist es beileibe nicht das erste Mal, dass die SPD nach einer plötzlichen Entscheidung von Angela Merkel wie ein begossener Pudel dasteht, wobei bereits in der Vergangenheit stets die großkoalitionäre Disziplin vor der Selbststachtung und damit auch dem Ansehen der Gesamtpartei gesiegt hat. Deshalb wird der Ärger mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar komplett folgenlos bleiben, auch wenn man sich die Frage stellen muss, wozu die SPD beispielsweise einen Staatsminister für europäische Fragen im Auswärtigen Amt stellt, wenn die eigentliche Europa-Politik ohnehin nur im Kanzleramt stattfindet wie ebenfalls bei der Westbalkan-Konferenz, bei der allein die Bundeskanzlerin die deutsche Richtung vorgibt! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht. Siehe [frblog.de/lf-20190716](http://frblog.de/lf-20190716)

## Zeitenwende im Familienrecht

Familienrecht: „Beziehung aus, Geld zurück“, FR-Panorama vom 19. Juni

Endlich fangen auch Justiz und Gerichtsurteile an, nichteheliche Lebensgemeinschaften als längst gelebte Realität anzuerkennen und in eine zeitgemäße Rechtsprechung einzubeziehen.

Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite 2006 ein Gleichstellungsgesetz für Lebenspartnerschaften, uneheliche Kinder, Ethil, Gleichgeschlechtliche usw. verabschiedet wurde, für langjährige Lebenspartnerinnen und -partner aber immer noch mit einem patriarchalen Gesetz mit Wertevorstellungen aus dem preußischen Recht vorgegangen wird. Die nichteheliche Familie hat sich als weitere Familienform durchgesetzt und ist heute

nicht mehr mit einem Makel behaftet.

Nachdem Anfang Mai 2015 das Bundesverfassungsgericht einem Lebensgefährten das Recht auf die Adoption eines Stiefkinds gestattete, hat am 18. Juni 2019 der Bundesgerichtshof ein Urteil zum Thema Geschenke an Stiefkinder verabschiedet, bei welchem der Trauschein ebenfalls keine Rolle spielte, sondern die Dauer des Zusammenlebens. Eheliche Beziehungen sind heute nicht länger stabiler oder fragiler als nichteheliche. Es ist unfair, dass langjährige Lebensgefährten und Alleinerziehende rechtlich bisher immens benachteiligt werden

gegenüber Ehefrauen. Denn diese arbeiten genauso zum Wohle ihrer Familie. Es gibt vielerlei Gründe, warum eine erneute Heirat nicht stattfindet, und damit ist es eine Diskriminierung der Lebenspartner und -partnerinnen. Durch die Öffnung des Artikels 6 vom Gesetz für Ehe und Familie im Grundgesetz hat jedoch eine verfassungsrechtliche Zeitenwende stattgefunden, und diese wird hoffentlich bald bei allen rechtsprechenden Fakultäten in deren Handlungen und Urteilen zur Realität 2019 gehören. Das wäre lobenswert und eine Erleichterung für alle Betroffenen und die Justiz.

Annemarie Schwinn, Raunheim